



1. MAI - 100 JAHRE

Zum hundertsten Mal jähren sich am 1. Mai dieses Jahres Ereignisse, die wesentlich zur Entstehung der internationalen Gewerkschaftsbewegung beigetragen haben. Am 1. Mai 1886, als Arbeitnehmer in der ganzen Welt für die Anerkennung ihrer Gewerkschaften und den 8-Stunden-Tag fochten und dabei staatlichen Unterdrückungsmaßnahmen ausgesetzt waren, wurden in Milwaukee (USA) neun Gewerkschafter von der Polizei niedergeschossen. Wenige Tage später gab es auch in Chicago Schießereien. Als Reaktion darauf wurde der 1. Mai international zu einem Tag der Demonstrationen für gewerkschaftliche Solidarität erklärt.

Diese Tradition der Solidarität hat auch heute noch innerhalb der internationalen Gewerkschaftsbewegung Gültigkeit. Die Arbeitnehmer in der Transportindustrie sind sich der Bedeutung der internationalen Solidarität bewußt. Heute sehen sich die Transportarbeiter neuen Herausforderungen gegenüber: Massenarbeitslosigkeit; Angriffe auf die Gewerkschaftsrechte; Privatisierung und Entregulierung; technologischer Wandel; all dies macht die Entwicklung neuer Strategien und Antworten erforderlich. Der 35. ITF-Kongreß, der im Juli d.J. in Luxemburg stattfindet, wird sich ausführlich mit diesen Fragen beschäftigen. Ganz gleich jedoch, wie die Reaktion aussehen wird, das grundlegende Prinzip der internationalen Solidarität bleibt das gleiche.

Harold Lewis

AKTUELLES

Kenianischer Arbeitsminister begrüßt ITF-Vorstand	33
Seeleutekonferenz verurteilt UN-Schiffsregistrierungsabkommen	33

Binnenverkehr

Japan: Aktionstag gegen die Privatisierung der Eisenbahn	34
Schweiz: Eisenbahn 2000	35

Zivilluftfahrt

Internationales: Piloten unterstützen Boykottaktionen gegen Terroristen	35
---	----

Seeleute

Brasilien: Streik der Seeleute führt zu großen Zugeständnissen	36
Bundesrepublik Deutschland: Schneller Erfolg für den Streik der Seeleute	37
Frankreich: ITF setzt sich für die Überlebenden des "AMINA"-Unglücks ein	37
Griechenland: Angriff auf Generalsekretär der Seeleutegewerkschaft	38
Großbritannien: Flotte weiter verringert	38

Allgemeines

Die ITF trauert um den schwedischen Ministerpräsidenten Olof Palme	38
Gewerkschaften fordern Vorrang für Beschäftigung	39
Ghana: Gewerkschaften gegen Haushalt	40
Irland: Neue Arbeitsgesetze geplant	40
Südafrika: Gewerkschaften wollen Apartheid-Regime isolieren	41
Tunesien: Erneuter Angriff der Regierung gegen die Gewerkschaften	41

Regionaltätigkeit

Asien/Pazifischer Raum: Binnenverkehrsausschuß fordert mehr Zusammen-	
arbeit zwischen den Gewerkschaften	42
Lateinamerika: ITF-Regionalkonferenz	43

Gewerkschaften

43

KURZNACHRICHTEN

43

Tarifverhandlungsergebnisse

44

Todesfälle

44

Personalien

45

Bevorstehende Tagungen

46

AKTUELLES

KENIANISCHER ARBEITSMINISTER BEGRÜSST ITF-VORSTAND

Die erste in Afrika stattfindende Sitzung des ITF-Vorstandes wurde am 18. März in Nairobi durch den kenianischen Arbeitsminister, Peter Oloo Aringo, eröffnet. Der Minister bezeichnete die ITF in seiner Ansprache als "mächtigste internationale Gewerkschaftsorganisation der Welt". Die Tatsache, daß die Sitzung in Afrika abgehalten werde, sei, so sagte er, ein Zeichen für die Entschlossenheit der ITF, die Ziele und Anstrengungen der afrikanischen Transportarbeiter zu unterstützen. Er verwies darauf, daß der Kampf für die wirtschaftliche Selbstbestimmung Afrikas noch nicht beendet sei, obwohl die meisten afrikanischen Länder inzwischen ihre Unabhängigkeit erlangt hätten, und daß die ITF und ihre Mitgliedsgewerkschaften eine bedeutende Rolle in diesem Kampf zu spielen hätten.

Während seiner zweitägigen Diskussionen konzentrierte sich der Vorstand auf die Vorbereitungen für den bevorstehenden 35. ITF-Kongreß in Luxemburg. Er verabschiedete ein Diskussionspapier mit dem Titel 'Veränderungen, denen sich die Transportarbeiter gegenübersehen', das dem Kongreß vorgelegt werden soll, und kam überein, dem Kongreß eine Erhöhung der ITF-Mitgliedsbeiträge und eine Ausdehnung des Zeitraums zwischen den Kongressen von 3 auf 4 Jahre zu empfehlen. Beitrittsgesuche von Gewerkschaften aus Dänemark, Zypern, Australien und der Elfenbeinküste wurden angenommen.

Die drei kenianischen ITF-Gewerkschaften (Railways and Harbours Union; Transport and Allied Workers Union und Dock Workers Union) hatten zu der Sitzung eingeladen, die von Ben Udogwu, dem in Nairobi ansässigen Regionalvertreter der ITF, organisiert wurde. Auf der Abschlußsitzung informierte ITF-Präsident Fritz Prechtel den Vorstand darüber, daß er auf dem bevorstehenden Kongreß nicht mehr für den Posten des Präsidenten kandidieren werde. Die Vorstandsmitglieder gaben ihrer Anerkennung für Prechtels herausragende Beiträge zur Arbeit der ITF Ausdruck und beschlossen, in Luxemburg offiziell ihren Dank auszusprechen.

SEELEUTEKONFERENZ VERURTEILT UN-SCHIFFSREGISTRIERUNGSABKOMMEN

Die ITF-Seeleutekonferenz, die vom 24. bis 26. März in Venedig stattfand, gab ihrer strikten Ablehnung des kürzlich abgeschlossenen UNO-Abkommens über Schiffsregistrierungsbedingungen Ausdruck. Die Konferenz, auf der Vertreter der Seeleutegewerkschaften aus 26 Ländern anwesend waren, verwies darauf, daß der endgültige Text des Abkommens der Führung sogenannter "offener Register" internationale Anerkennung verschafft. Die Konferenz forderte alle ITF-Mitgliedsgewerkschaften auf, sich der Ratifizierung des Abkommens durch ihre Regierungen in der Hoffnung zu widersetzen, daß die für eine Inkraftsetzung notwendige Anzahl von Ratifizierungen nicht erreicht werden kann.

Die Konferenz, auf der K. Mols Sørensen (Dänemark) den Vorsitz führte, befaßte sich mit zahlreichen aktuellen Problemen, die von großer Bedeutung für die Seeleute und ihre Gewerkschaften sind. Ein auf einer Ausschusssitzung am 23. März erarbeiteter Entwurf eines neuen ITF-Musterkollektivvertrags für

bewegliche Offshore-Schiffseinheiten wurde von der Konferenz, zusammen mit einem Sicherheitsprogramm für denselben Bereich, verabschiedet. Empfehlungen des ITF-Regionalausschusses für Asiatische Seeleute bezüglich der Beschäftigung von nicht im Registrierungsland ansässigen Seeleuten wurden ausführlich diskutiert, und die Konferenz kam überein, daß die asiatischen Gewerkschaften und die Gewerkschaften in Ländern, die weiterhin nicht-ansässige Seeleute beschäftigen (wie z.B. Griechenland), Bemannungsfragen untereinander diskutieren sollten. Die Konferenz bekräftigte noch einmal ihre gegenwärtig gültige Politik der Beibehaltung eines ordnungsgemäß ausgebildeten Funkoffiziers auf allen Schiffen mit mehr als 1600 BRT und beschloß, ein ITF-Seminar über den Funkverkehr in der Schifffahrt abzuhalten, auf dem über zukünftige Entwicklungen diskutiert werden soll. Die Delegierten berieten ferner über die zweifache Gefahr, der Passagier- und Frachtschiffe durch Schiffsentführungen und Piraterie ausgesetzt sind. Die Zwischenstaatliche Organisation für die Seeschifffahrt erarbeitet im Augenblick eine internationale Verwaltungsurkunde über Schiffsentführungen, die, wie der Konferenz berichtet wurde, im September d.J. zur Beratung vorliegen soll. Die Konferenz setzte sich angesichts verschiedener, in jüngerer Zeit eingegangener Berichte, nach denen blinde Passagiere über Bord geworfen oder auf hoher See ausgesetzt worden sind, nachdrücklich für einen verbesserten Schutz von blinden Passagieren ein, befürwortete erneut die Ratifizierung des 1957 in Brüssel verabschiedeten Übereinkommens über blinde Passagiere und beschloß, ITF-Richtlinien über die Behandlung von blinden Passagieren zu erarbeiten.

Binnenverkehr

JAPAN: AKTIONSTAG GEGEN DIE PRIVATISIERUNG DER EISENBAHN

Der 14. Mai 1986 wurde zum internationalen Aktionstag gegen die Pläne der japanischen Regierung für die Privatisierung der Japanischen Staatsbahnen (JNR) und die Entlassung von 124.000 Arbeitnehmern erklärt. An diesem Tag werden die der ITF angeschlossenen Eisenbahnergewerkschaften Demonstrationen abhalten und Delegationen zu den japanischen Botschaften entsenden, um ihrer Unterstützung für ihre japanischen Kollegen Ausdruck zu geben.

Ein Defizit, das durch von der Regierung geförderte Investitionen in der Vergangenheit verursacht wurde, nutzt die japanische Regierung als Vorwand für ihre Vorschläge, die JNR in 6 Privatunternehmen aufzuspalten, die allein auf gewinnorientierter Basis arbeiten sollen, was zu einer Reduzierung der angebotenen Dienstleistungen und des Beschäftigungsniveaus sowie zu einer Anhebung der Fahrpreise führen wird. Am 31. März 1987, dem Tag, an dem das bestehende System abgeschafft wird - wenn die Gesetze verabschiedet werden -, werden alle 307.000 JNR-Beschäftigte ihren Arbeitsplatz verlieren. Die Regierung hat nicht vor, die Gewerkschaften zu diesem Vorgang zu konsultieren - alle bestehenden Kollektivverträge werden an diesem Tag ihre Gültigkeit verlieren.

Der Verkehrsminister wird dann entscheiden, wer von den jetzigen JNR-Beschäftigten so glücklich sein wird, einen der 183.000 Arbeitsplätze in den neuen Unternehmen zu erhalten. Empfehlungslisten - bei deren Aufstellung insbesondere berücksichtigt wird, ob ein Arbeitnehmer als "Störenfried" gilt - werden bereits erarbeitet; sie sollen der Regierung erlauben, alle Beschäftigten loszuwerden, die sich irgendwann an einem Arbeitskonflikt beteiligt haben.

Die ITF gibt ihren Mitgliedsorganisationen KOKURO und DORO weiterhin größtmögliche internationale Unterstützung in ihrem Kampf für die Erhaltung ihrer Arbeitsplätze und gegen eine offene Benachteiligung der Gewerkschaftsmitglieder.

SCHWEIZ: EISENBAHN 2000

Die Bevölkerung der Schweiz wird in diesem Jahr über einen ehrgeizigen Plan für die Ausdehnung und weitere Entwicklung des nationalen Eisenbahnsystems abstimmen. Der Plan - "Eisenbahn 2000" genannt - hat die volle Unterstützung des Schweizerischen Eisenbahnverbandes (SEV), der ihn als "grundlegenden Wandel in der Verkehrspolitik" begrüßt hat.

Im Rahmen des vorgeschlagenen Programmes sollen mehr als Sfr. 5 Milliarden in das staatliche Eisenbahnsystem investiert werden - die Hälfte dieser Summe soll zur Verbesserung der bestehenden Einrichtungen und Dienstleistungen, die andere Hälfte für den Bau neuer Hochgeschwindigkeitsstrecken eingesetzt werden. Mindestens 1.200 neue Arbeitsplätze würden in diesem Wirtschaftsbereich geschaffen werden - und es ist zu erwarten, daß auch die Fahrpreise für die Zugreisenden erheblich sinken könnten.

Die weitgehendsten Auswirkungen dieser Pläne liegen jedoch bei dem vorgeschlagenen neuen Fahrplansystem - mittels Computeranalyse wurde ein Fahrplanschema ausgearbeitet, nach dem es für jeden Zug in den großen Städten jeweils zur vollen Stunde einen Anschluß gibt -, wodurch die Wartezeit für alle Fahrgäste, die umsteigen müssen, auf ein Minimum reduziert wird. Um das Funktionieren dieses Systems zu gewährleisten, werden in vielen Bereichen schnellere Züge auf neuen Strecken eingesetzt werden.

Ferner ist beabsichtigt, im Rahmen des Systems die Züge im lokalen Verkehr, Schnellzüge und internationale Züge voll aufeinander abzustimmen, wodurch die Umsteigemöglichkeiten optimiert und die Wartezeiten auf ein Mindestmaß beschränkt werden sollen. Außerdem sieht das System die Möglichkeit der Abstimmung mit ähnlichen Plänen in anderen europäischen Ländern vor, falls diese beschließen, dem Beispiel der Schweiz zu folgen.

Zivilluftfahrt

INTERNATIONALES: PILOTEN UNTERSTÜTZEN BOYKOTTAKTIONEN GEGEN TERRORISTEN

Im April fand in London die Jahreskonferenz der IFALPA (Internationale Föderation der Fluglinienpiloten-Vereinigungen), der auch viele ITF-Mitglieder angehören, statt. Auf dieser Konferenz gab die IFALPA ihre Zustimmung zu möglichen Boykottmaßnahmen gegen Staaten, die terroristische Aktionen unterstützen oder Terroristen Unterschlupf gewähren, sowie gegen Flughäfen mit unzureichenden Sicherheitsvorkehrungen und anderen Maßnahmen. Im Anschluß an diesen IFALPA-Beschluß veröffentlichte die ITF eine Erklärung, in der sie der Bereitschaft ihrer Mitgliedsgewerkschaften des Cockpit-, Kabinen- und Bodenpersonals Ausdruck gab, die IFALPA bei allen Bemühungen zu unterstützen, größtmöglichen Druck auf Linienflüge von und nach Ländern, deren Beteiligung

an terroristischen Aktionen einwandfrei feststeht, auszuüben; dazu würden auch Aktionen in ausländischen Flughäfen gegen ihr nationales Luftfahrtunternehmen gehören. "Alle Arbeitnehmer der Zivilluftfahrt, das Bodenpersonal ebenso wie die an Bord von Flugzeugen Beschäftigten, sind von terroristischen Anschlägen bedroht", hebt die ITF-Erklärung hervor, und "alle Beteiligten müssen sofortige und wirksame Maßnahmen zur Beendigung der terroristischen Aktionen ergreifen."

Auf der IFALPA-Sitzung wurden darüber hinaus weitere Erklärungen angenommen, in denen u.a. die strikte Ablehnung der Beförderung von bewaffneten Sicherheitskräften, Feuerwaffen oder anderen gefährlichen Waffen an Bord von Verkehrsflugzeugen und die Besorgnis über die Auswirkungen der Entregulierung auf die Sicherheitsnormen in der Zivilluftfahrt zum Ausdruck kamen. Im Zusammenhang mit dem letzten Punkt unterstrich die Föderation die Bedeutung enger Beziehungen zwischen den Pilotenvereinigungen und anderen Gewerkschaften und die Notwendigkeit, dem Schutz der bestehenden Arbeitsbedingungen deutlich Vorrang einzuräumen. Die ITF war auf dieser Konferenz durch den Sekretär der Forschungsabteilung, David Cockroft, vertreten.

Seeleute

BRASILILIEN: STREIK DER SEELEUTE FÜHRT ZU GROSSEN ZUGESTÄNDNISSEN

Die Einigung, mit der im vergangenen Monat der zweitägige Streik der bei privaten Reedereien beschäftigten brasilianischen Seeleute beendet wurde, wurde von den Gewerkschaften als umfassender Sieg begrüßt, nachdem die Reeder alle ihre wichtigsten Forderungen erfüllt hatten. Es wurden beachtliche Zugeständnisse erzielt, insbesondere hinsichtlich des Urlaubs (10 zusätzliche Tage für die in der Überseefahrt und 5 Tage für die in der Küstenschiffahrt beschäftigten Seeleute) und der Überstunden, für die von montags bis freitags ein 50%iger sowie an Samstagen, Sonntagen und Feiertagen ein 100%iger Zuschlag zu zahlen ist. Die Reeder erklärten sich ferner bereit, die Flugkosten für Seeleute, die mehr als 400 km vom Einschiffungshafen entfernt leben, zu übernehmen. Gewerkschaftsmitglieder werden nun bei der Anheuerung bevorzugt werden, und die Reeder verpflichteten sich, Seeleute, die an dem Streik teilgenommen haben, in keiner Weise zu benachteiligen. Außerdem wurden die Heuern aufgrund des Anstiegs des Verbraucherpreisindex rückwirkend vom 1. Februar an um 11,4% angehoben.

Zu Beginn des Streiks sandte die ITF Botschaften an den brasilianischen Präsidenten José Sarney sowie den Verkehrs- und den Arbeitsminister, in denen sie ihrer Unterstützung für ihre Mitgliedsgewerkschaft, die Brasilianische Seeleutevereinigung, Ausdruck gab und den Präsidenten und die Minister aufforderte, sich für eine Beilegung des Konflikts einzusetzen. Auch eine Reihe von ITF-Mitgliedsgewerkschaften der Seeleute sandte ähnliche Botschaften an die brasilianische Regierung.

BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND: SCHNELLER ERFOLG FÜR DEN STREIK DER
SEELEUTE

Ein kurzer, aber wirkungsvoller Streik der deutschen Seeleute endete mit einem klaren Erfolg der ITF-Mitgliedsgewerkschaft ÖTV. Die Arbeitsniederlegung - die am 13. April begann und sechs Tage dauerte - war der erste Streik deutscher Seeleute seit mehr als 80 Jahren.

Die Hauptforderung der Gewerkschaft bestand in einer wesentlichen Anhebung des Jahresurlaubs der Seeleute von 112 Tagen auf 142 Tage im Jahr. Die Gewerkschaft argumentierte, daß durch diese Anhebung zusätzliche Arbeitsplätze in der Schifffahrt geschaffen werden könnten. Die Anzahl der unter deutscher Flagge fahrenden Schiffe ist in den letzten zwanzig Jahren - wie in vielen anderen europäischen Ländern - drastisch zurückgegangen. Während dieses Zeitraums mußte der Verlust von mehr als der Hälfte der Tonnage und 60% der Arbeitsplätze verzeichnet werden.

Der Streik begann, nachdem die Gewerkschaft ÖTV den Vorschlag eines staatlichen Schlichters zurückgewiesen hatte, der 4 zusätzliche Urlaubstage und eine 3%ige Erhöhung der Heuer vorsah. Schon wenige Stunden, nachdem der Streikaufruf ergangen war, ergriffen ÖTV-Mitglieder auf Schiffen unter deutscher Flagge, die in Häfen lagen, Streikaktionen - zwei Tage später lagen beinahe 40 Schiffe in Häfen in Europa, Asien und Australien fest. Auf Ersuchen der Gewerkschaft ÖTV informierte die ITF alle ihr angeschlossenen Schifffahrtsgewerkschaften über die Notwendigkeit, die streikenden Seeleute zu unterstützen. Gleichzeitig wurden ÖTV-Funktionäre in die wichtigsten vom Streik betroffenen Häfen entsandt, um ihre Mitglieder zu unterstützen. Der Streik wurde beigelegt, nachdem die Reeder einer Anhebung des Jahresurlaubs um 15 bzw. 18 Tage und einer Erhöhung der Heuer um einen Mindestbetrag von DM 100 für alle Seeleute zugestimmt hatten.

FRANKREICH: ITF SETZT SICH FÜR DIE ÜBERLEBENDEN DES "AMINA"-
UNGLÜCKS EIN

Am 25. März sank vor der französischen Küste bei Brest das unter maltesischer Flagge fahrende Schiff Amina, wobei 4 Menschen ums Leben kamen. Als die fünf überlebenden Besatzungsmitglieder aus dem Krankenhaus entlassen wurden, stellten sie zu ihrem Entsetzen fest, daß die Reederei sich weigerte, ihnen die seit Januar ausstehende Heuer oder eine Entschädigung für den Verlust ihrer auf dem gesunkenen Schiff befindlichen persönlichen Habe zu zahlen. Nur die Übernahme der Flugkosten für die Rückkehr nach Ghana wurde ihnen angeboten. Um die Sache noch weiter zu verschlimmern, weigerte sich das Unternehmen - Amina Shipping Ltd., Valletta (Malta) -, die Rückführung der drei in der Leichenhalle von Brest aufbewahrten Leichname zu übernehmen (die Leiche des vierten Toten wurde nicht gefunden).

Die ITF wurde hinzugezogen, und nachdem Druck auf die maltesische Regierung ausgeübt worden war, fand in der ghanaischen Botschaft in Paris eine Zusammenkunft zwischen den fünf Überlebenden und der Reederei statt. Das Unternehmen hat inzwischen die ausstehenden Heuern gezahlt und für die Rückführung der Seeleute und der Leichname ihrer toten Kollegen gesorgt. Die Frage der Entschädigung für das verlorene Eigentum muß noch geklärt werden, aber eine Forderung gegen das Unternehmen wird nachdrücklich verfolgt.

GRIECHENLAND: ANGRIFF AUF GENERALSEKRETÄR DER SEELEUTEGEWERKSCHAFT

Der am 21. März von der Griechischen Seeleutegewerkschaft PNO in griechischen Häfen durchgeführte 24-stündige Warnstreik war außerordentlich erfolgreich. Streikaktionen in ausländischen Häfen begannen zum gleichen Zeitpunkt, konnten jedoch kaum Wirkung zeigen, bevor der PNO-Vorstand auf einer Sitzung beschloß, den Streik zu beenden, da das Sonderbesteuerungssystem für die Seeleuteinkünfte, der Hauptstreitpunkt, nicht länger in Frage gestellt wurde. Eine Gruppe von Seeleuten, die jedoch offensichtlich anderer Meinung war und den Beschluß des Vorstandes nicht akzeptieren wollte, demonstrierte vor dem Hauptbüro der Gewerkschaft. Der Generalsekretär, Michalis Zenzefyllis, wurde in seinem Büro angegriffen und erlitt schwere Verletzungen, u.a. einen Wirbelbruch. Die ITF verurteilte diesen unmotivierten Angriff auf einen angesehenen Gewerkschaftsfunktionär durch eine Splittergruppe, die sich die Spaltung der Griechischen Seeleutegewerkschaft zum Ziel gesetzt hat.

GROSSBRITANNIEN: FLOTTE WEITER VERRINGERT

Der ständige Rückgang bei der Zahl der in Großbritannien registrierten Schiffe nahm im Laufe des letzten Monats in alarmierender Weise zu. Nach dem Beschluß der BP, mehr als 30 Schiffe auszuflaggen (s. ITF-Nachrichten Februar/März) erwägt nun auch Furness Withy den Transfer seiner zehn Schiffe starken Flotte auf eine Schattenflagge. Weitere Unternehmen, die im April ihren Beschluß bekanntgaben, ihre Flotten auszuflaggen, waren Canadian Pacific (fünf Schiffe), Jepsens (sieben Schiffe) und Souter (drei Schiffe).

Die britische Reedervereinigung, General Council of British Shipping (GCBS), hat angesichts eines anhaltenden Mitgliederschwunds den noch nie dagewesenen Schritt unternommen, den britischen Schattenflaggenreedern die weitere Mitgliedschaft in ihrer Organisation zu erlauben. Der GCBS wird einen Sonderausschuß einrichten, der die Interessen der Schattenflaggenreeder vertreten soll. Außerdem wird sich der GCBS - als Sprachrohr der britischen Reeder - nun auch für die Interessen der Schattenflaggen einsetzen.

Allgemeines

DIE ITF TRAUERT UM DEN SCHWEDISCHEN MINISTERPRÄSIDENTEN OLOF PALME

Gewerkschafter auf der ganzen Welt und auch die ITF gaben ihrer tiefen Bestürzung über den schrecklichen Mord an Schwedens Ministerpräsident Olof Palme am 28. Februar Ausdruck. ITF-Generalsekretär Harold Lewis erklärte in einem Beileidstelegramm an die schwedische Regierung, es sei eine große Tragödie, daß die Welt auf so brutale Weise dieses überzeugten Internationalisten und Kämpfers für Frieden und soziale Gerechtigkeit beraubt worden sei. Auf dem ITF-Kongreß 1974 in Stockholm war Palme Ehrengast und hielt eine Ansprache auf der Eröffnungsveranstaltung.

GEWERKSCHAFTEN FORDERN VORRANG FÜR BESCHÄFTIGUNG

Koordinierten Regierungsmaßnahmen zur Verringerung der Arbeitslosigkeit muß höchste Priorität eingeräumt werden. Dies ist die Schlußfolgerung einer vom TUAC (dem Gewerkschaftlichen Beratungsausschuß bei der OECD) verabschiedeten Erklärung, die auf dem Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs der sieben größten Industrienationen, das Anfang Mai in Tokio stattfinden wird, vorgelegt werden soll.

Unter Hinweis auf die Tatsache, daß die Zahl der Arbeitslosen in den OECD-Staaten bis Mitte 1987 um weitere 500.000 Personen auf insgesamt 31 Millionen ansteigen wird, wird in der Erklärung der Gewerkschaften festgestellt, daß das Absinken der Ölpreise, obwohl es natürlich begrüßt wird, nicht automatisch zu größerem Wirtschaftswachstum führen wird. Die Investitions- und Steuerpolitik der einzelnen Länder müsse so an die neue Situation angepaßt werden, daß die durch die niedrigeren Ölpreise erzielten Gewinne direkt für die Schaffung von Arbeitsplätzen benutzt würden.

Die TUAC-Erklärung fordert Regierungsmaßnahmen in acht Hauptgebieten:

1. Eine koordinierte Politik zur Steigerung der Nachfrage, der Kaufkraft und des Lebensstandards;
2. eine koordinierte mittelfristige Geldpolitik, durch die die Zinssätze gesenkt und eine größere Wechselkursstabilität erreicht werden kann;
3. eine umfassende Initiative im Bereich staatlicher Investitionspolitik in Verbindung mit internationaler Zusammenarbeit bei Forschung und Entwicklung auf dem Gebiet sozial nützlicher neuer Technologien;
4. die Fortsetzung einer langfristigen Energiesparpolitik, die durch die Ölpreisfluktuation nicht beeinflußt werden darf;
5. verbesserte politische Strategien in den Bereichen Sozialschutz, Bildung und Ausbildung, die den Arbeitnehmern helfen sollen, mit den Auswirkungen des technologischen Wandels fertigzuwerden;
6. eine koordinierte Politik im Hinblick auf eine Verkürzung der Arbeitszeit, begleitet von Maßnahmen, mit denen die gleichzeitige Schaffung neuer Arbeitsplätze sichergestellt wird;
7. eine umfassende Initiative zur Verringerung der Armut und der Schuldenkrise in den Entwicklungsländern;
8. die Schaffung eines neuen internationalen Rahmens für den multilateralen Handel auf der Grundlage der Einhaltung angemessener Arbeitsnormen und der Überwachung multinationaler Unternehmen.

Diese politischen Forderungen wurden dem japanischen Ministerpräsidenten Nakasone auf einer Sitzung am 22. April von der TUAC-Delegation unter Leitung ihres Präsidenten David Basnett und des Generalsekretärs John Evans überreicht.

GHANA: GEWERKSCHAFTEN GEGEN HAUSHALT

Gewerkschafter in Ghana tragen rote Bänder um Handgelenke und Schultern, um so ihre Ablehnung des jüngsten Haushalts zu demonstrieren. Der von Finanzminister Dr. Kwesi Botchwey vorgelegte Haushalt für 1986 sieht zwar einerseits eine Erhöhung der vom Staat an die Farmer gezahlten Preise für Kakao und Kaffee, andererseits jedoch die Streichung der Reisekostenzuschüsse für alle Arbeitnehmer vor. Der Ghanaische Gewerkschaftsbund TUC lehnt diesen Schritt aufs schärfste ab und betrachtet ihn als direkten Verstoß gegen das Recht der Arbeitnehmer auf Kollektivverhandlungen. Der TUC-Vorstand wird im Laufe dieses Monats zusammenkommen, um über mögliche weitere Protestaktionen zum 1. Mai zu diskutieren. Schon heute haben die Gewerkschaften vor allen Regionalbüros rote Flaggen gehißt, und Gewerkschaftsmitglieder tragen die Farbe rot als Ausdruck ihrer Ablehnung der willkürlichen Streichung der Zuschüsse.

IRLAND: NEUE ARBEITSGESETZE GEPLANT

Die irische Regierung hat eine grundsätzliche Änderung der Gesetzgebung über Arbeitgeber/Arbeitnehmer-Beziehungen vorgeschlagen. Das bestehende Immunitätssystem soll durch einen Rahmen positiver Rechte und gesetzlicher Verpflichtungen ersetzt werden. In der augenblicklich geltenden Gesetzgebung, die auf der britischen Tradition beruht, wird davon ausgegangen, daß Arbeitskampfmaßnahmen grundsätzlich ungesetzlich sind, die Gewerkschaften erhalten jedoch eine spezielle Immunität gegen strafrechtliche Verfolgung.

In der Vergangenheit haben die Gewerkschaften in Großbritannien und Irland diese Situation mit dem Hinweis verteidigt, daß dadurch das Gesetz aus den Arbeitgeber/Arbeitnehmer-Beziehungen herausgehalten wird. Jüngste Ereignisse in Großbritannien - wo die Regierung Thatcher die Immunität für Arbeitskampfmaßnahmen bei mittelbar betroffenen Betrieben und Solidaritätsstreiks aufgehoben hat - haben den Gewerkschaften jedoch bewußt gemacht, wie schwach ihre Position in Wirklichkeit ist. Die neuen Pläne sehen die Schaffung eines positiven Streikrechts unter der Bedingung vor, daß zuerst eine Urabstimmung abgehalten wird. Ferner hätten die Arbeitnehmer diesen Plänen zufolge das Recht, Streikposten vor dem Betrieb, bei dem sie beschäftigt sind, aufzustellen - unter der Voraussetzung, daß es nicht zu Gewalttätigkeiten kommt -, Streikposten vor einem anderen Betrieb wären jedoch nur zugelassen, wenn Anlaß zu der Annahme besteht, daß das zweite Unternehmen versucht, den Arbeitskonflikt im ersten Betrieb unwirksam werden zu lassen. Außerdem wäre ein Warenboykott erlaubt, solange mit dieser Maßnahme die Zu- bzw. Auslieferung von Gütern oder Dienstleistungen von und nach dem bestreikten Unternehmen verhindert werden soll.

Bei diesen Vorschlägen handelt es sich bisher nur um eine Diskussionsvorlage. Die endgültige Form des Gesetzes steht noch nicht fest. Die irischen Arbeitgeberorganisationen haben jedoch bereits eine heftige Kampagne gegen jedwede Veränderung der bestehenden Gesetzgebung gestartet.

SÜDAFRIKA: GEWERKSCHAFTEN WOLLEN APARTHEID-REGIME ISOLIEREN

Gewerkschaften auf der ganzen Welt führten vom 17. bis zum 21. März eine Protestwoche gegen das südafrikanische Apartheid-Regime durch. In dem Bemühen, die südafrikanische Regierung zu isolieren, drängten während dieser Woche Gewerkschafter auf die Verweigerung des Lande- und Überflugrechts für die südafrikanische Fluggesellschaft South African Airways (SAA) und forderten die Fluggesellschaften, die immer noch Ziele in Südafrika anfliegen, auf, dem Beispiel des skandinavischen Luftfahrtunternehmens SAS zu folgen und diese Flüge einzustellen. In einer Reihe von Ländern fanden Demonstrationen vor SAA-Büros statt, und es wurden Flugblätter an nach Südafrika reisende Fluggäste verteilt, in denen der gewerkschaftliche Standpunkt dargelegt wurde.

Viele Gewerkschaften sandten Protesttelegramme an Präsident Botha und demonstrierten vor den diplomatischen Vertretungen Südafrikas. Andere Teile der Gewerkschaftsbewegung veranstalteten Kundgebungen und Protestmärsche und unterstützten den Boykott von südafrikanischen Produkten. Die Gewerkschaften traten an Unternehmen mit Investitionen in den schwarzen Homelands ("Bantustans") heran und forderten sie nachdrücklich auf, ihre Investitionen zurückzuziehen, während die Beschäftigten in Betrieben mit bedeutenden Investitionen in Südafrika über die Rolle ihres Unternehmens bei der Erhaltung des Regimes in Pretoria aufgeklärt wurden. Als Demonstration ihrer Unterstützung für die schwarzen Arbeitnehmer in Südafrika sandten die Gewerkschaften außerdem Solidaritätsbotschaften an die unabhängige schwarze Gewerkschaftsbewegung des Landes.

In den Vereinigten Staaten rief die AFL-CIO zu einem allgemeinen Verbraucherboykott gegen den Erdölkonzern Shell auf, der eine der wichtigsten Stützen der südafrikanischen Regierung ist.

TUNESIEN: ERNEUTER ANGRIFF DER REGIERUNG GEGEN DIE GEWERKSCHAFTEN

Die Kampagne der tunesischen Regierung gegen die unabhängige Gewerkschaftsbewegung wurde diesen Monat mit der Verhängung einer zweijährigen Haftstrafe für Habib Achour, den früheren Führer des tunesischen Gewerkschaftsbundes UGTT, fortgesetzt. Achour, dem Gründer und langjährigen Führer der 350.000 Mitglieder starken Gewerkschaftsorganisation, wurden finanzielle Fehlentscheidungen bei der Verwaltung der gewerkschaftseigenen Versicherungsfonds vorgeworfen. Die Regierung hat den Gewerkschaften in der Zwischenzeit die Kontrolle über die Fonds genommen und sie einem staatseigenen Unternehmen übergeben. Außerdem wurden Gewerkschaftsbüros von "Revolutionskomitees" durchsucht, die gewerkschaftliche Tageszeitung verboten und eine Reihe von aktiven Gewerkschaftern bedroht und inhaftiert. Achour war während fast der gesamten Dauer seines Verfahrens krank und außerstande, vor Gericht zu erscheinen. Der Prozeß wurde trotz Protest und Demonstrationen seiner Anwälte und Anhänger ohne ihn fortgesetzt.

Regionaltätigkeit

ASIEN/PAZIFISCHER RAUM: BINNENVERKEHRSAUSSCHUSS FORDERT MEHR
ZUSAMMENARBEIT ZWISCHEN DEN GEWERKSCHAFTEN

Vom 17. bis zum 20. März 1986 fand in Kuala Lumpur die zweite Sitzung des ITF-Binnenverkehrsausschusses für Asien und den Pazifischen Raum statt, an der zwanzig Spitzenfunktionäre aus den Gewerkschaften der Eisenbahner, Straßentransport- und Hafentarbeiter sowie der Beschäftigten in der Binnenschifffahrt aus elf Staaten der Region teilnahmen. Die drei zur Diskussion stehenden Themen waren: gewerkschaftliche Organisierung, Arbeitgeber-/Arbeitnehmer-Beziehungen und Zusammenarbeit zwischen den Gewerkschaften. Den Vorsitz bei dieser Tagung führte ITF-Regionalsekretär Mo Hoda, und auf der Eröffnungssitzung sprachen V. David (Generalsekretär der Malaysischen Transportarbeitergewerkschaft), Jamaluddin Zim (Vorsitzender des der ITF angeschlossenen Malaysischen Gewerkschaftsbundes) und Zainal Rampak (Präsident des Malaysischen Gewerkschaftsbundes).

Auf der Sitzung wurde festgestellt, daß insbesondere die Straßentransportarbeiter und die Beschäftigten in der Binnenschifffahrt wegen eines hohen Anteils selbständiger Kleinunternehmer bzw. kleiner Unternehmen als Arbeitgeber größtenteils nicht gewerkschaftlich organisiert seien. Auch in den Industrien mit einem hohen Organisationsgrad habe der Trend zur Privatisierung zur Spaltung geführt, wodurch die Wirksamkeit der Gewerkschaften geschwächt wurde. Technischer Wandel und die wachsende Zahl der in der Region tätigen multinationalen Unternehmen sowie die Spaltung der Gewerkschaftsbewegung in vielen Ländern und Bemühungen der Regierungen, den Transportsektor als notwendigen Dienst zu definieren und so das Streikrecht aufzuheben, führten zu zusätzlichen Belastungen der Arbeitnehmer.

Die Teilnehmer forderten eine Verstärkung der ITF-Aktivitäten im Rahmen ihres regionalen Bildungsprogramms und empfahlen, einen Informationsaustausch zwischen den nationalen Bildungsbeauftragten der ITF im Hinblick auf eine Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen den Gewerkschaften in der Region zu fördern.

Weiterhin forderten die Teilnehmer einen gemeinsamen Angriff der Gewerkschaften auf Versuche der Regierungen, die Gewerkschaftsbewegung zu schwächen, und drängten die Regierungen in Asien und im Pazifischen Raum, die IAO-Übereinkommen 87 und 98 über die Gewerkschaftsrechte zu ratifizieren.

Auf der Sitzung wurden Umraomal Purohit (Vorsitzender der Indischen Eisenbahner-Föderation) für den Zeitraum 1986/87 zum Vorsitzenden und Jamaluddin Zim (Malaysia) zum Vizevorsitzenden des ITF-Binnenverkehrsausschusses für Asien und den Pazifischen Raum gewählt.

LATEINAMERIKA: ITF-REGIONALKONFERENZ

Vom 25. bis zum 28. Februar fand in Buenos Aires die 5. ITF-Regionalkonferenz für Lateinamerika statt. An ihr nahmen 198 Delegierte teil, die 44 Mitgliedsgewerkschaften aus fast allen Ländern des Kontinents vertraten. Des Weiteren waren eine Reihe von Beobachtern von nicht der ITF angeschlossenen Transportarbeitergewerkschaften anwesend, zu denen die ITF freundschaftliche Beziehungen unterhält.

An der Eröffnungszeremonie der Konferenz nahmen eine Reihe von Ministern der argentinischen Regierung teil, darunter Arbeitsminister Dr. Roberto Bigatti, der eine Botschaft von Präsident Alfonsín verlas. ITF-Generalsekretär Harold Lewis sprach auf der Konferenz, und Juan Fonseca legte als Vertreter des Regionalbüros in Lima einen Bericht über die Aktivitäten in der Region in den letzten drei Jahren vor.

Die Sitzung, auf der Ricardo Pérez, das argentinische ITF-Vorstandsmitglied, den Vorsitz führte, diskutierte über Gewerkschaftsfreiheiten und Kollektivverhandlungen, gewerkschaftliche Organisationsarbeit, praktische Solidarität und gewerkschaftliche Bildungsarbeit. Sie befaßte sich ferner mit Fragen der Arbeitszeit, Bezahlung und Arbeitslosigkeit sowie der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Lage in der Region mit besonderem Bezug auf lateinamerikanische Einheit und die Auslandsverschuldung.

Zum Abschluß der Konferenz verabschiedeten die Delegierten die "Erklärung von Buenos Aires", in der die Entschlossenheit der ITF-Mitglieder bekräftigt wird, sich für politische und gewerkschaftliche Rechte auf dem ganzen Kontinent einzusetzen. Die Konferenz verabschiedete eine Reihe von Entschlüssen zu Themen wie Gewerkschaftseinheit; die Einführung des 8-Stunden-Tags sowie eines nationalen Mindestlohns; die Zahlung angemessener Ruhestandsgelder für im Ruhestand befindliche Arbeitnehmer und die Intensivierung der Bildungsaktivitäten der Gewerkschaften.

Gewerkschaften

Drei voneinander unabhängige ITF-Mitgliedsgewerkschaften in Frankreich, die der FO angeschlossenen Gewerkschaften der Transportarbeiter, der Eisenbahner und der Seeleute, haben sich zu einer geeinten 'Union Interfédérale des Transports' zusammengeschlossen.

KURZNACHRICHTEN

Arbeitnehmer in der finnischen Privatindustrie legten im vergangenen Monat die Arbeit nieder, nachdem langwierige Verhandlungen mit den Arbeitgebern nicht zum Abschluß eines neuen, für zwei Jahre gültigen Kollektivvertrages geführt hatten. Der Streik hatte derartig große Auswirkungen auf das Leben

im Lande, daß die Arbeitgeber bereitwillig an den Verhandlungstisch zurückkehrten und nur 58 Stunden nach Beginn des Arbeitskonflikts ein Übereinkommen unterzeichnet werden konnte. Dieses sieht Lohnerhöhungen um 2,4% im Jahre 1986 und um 2,6% 1987 sowie zusätzliche Anpassungen für die niedrigen Lohngruppen vor. Die Forderung der Gewerkschaften nach kürzeren Arbeitszeiten wurde mit einer Vereinbarung teilweise erfüllt, nach der bis 1990 eine durchschnittliche Wochenarbeitszeit von 38 Stunden eingeführt werden soll.

Die deutsche Fluggesellschaft Lufthansa hat zum ersten Mal Frauen in der Flugpilotenausbildung eingestellt.

Tarifverhandlungsergebnisse

Deutschland - Hapag Lloyd Flug: 3% vom 1. Juni 1986 und 2% vom 1. Juni 1987 an sowie Einführung der 38,5-Stundenwoche im Juni 1987;
Großbritannien - British Airways Bodenpersonal: 16% im Laufe von zwei Jahren; Beschäftigte bei British Rail: 5%.

Todesfälle

Harold Crotty, Ehrenpräsident der amerikanischen Brotherhood of Maintenance of Way Employees (BMWE), starb am 12. Februar im Alter von 74 Jahren. Crotty war bis zu seinem Eintritt in den Ruhestand 1978 zwanzig Jahre lang Präsident der BMWE. Er war außerdem früherer Vorsitzender des Vorstands des Congress of Railway Unions sowie Vorstandsmitglied der Railway Labour Executives' Association, des gemeinsamen Verhandlungsgremiums der Eisenbahnergewerkschaften. Ferner war er Mitglied des Sektionsausschusses der ITF-Sektion Eisenbahn.

Albert Terriego, in den vergangenen elf Jahren Internationaler Vizepräsident und Leiter der Abteilung Eisenbahn der Transport Workers' Union of America, starb am 12. Januar im Alter von 61 Jahren. Terriego war Mitglied des Sektionsausschusses der ITF-Sektion Eisenbahn.

José Vargas G., Generalsekretär der Internationalen Föderation der Plantagen- und Landarbeiter und verwandter Berufsgruppen (IFPAAW) verstarb am 17. März auf einer gewerkschaftlichen Mission in Santiago (Chile). ITF-Generalsekretär Harold Lewis sprach der IFPAAW das tiefe Beileid der ITF angesichts des Todes eines hochangesehenen internationalen Gewerkschaftsführers aus.

Personalien

Wir sprechen dem früheren ITF-Präsidenten Roger Dekeyzer, der in diesem Jahr sein 80. Lebensjahr vollendet, unsere herzlichsten Glückwünsche aus. Er wird seinen Geburtstag im Haus seiner Tochter in Antwerpen begehen. Dekeyzer, der die ITF in den frühen 60er Jahren führte, gründete ferner die Sektion der Fischer und spielte später eine führende Rolle in der Hafentarbeitersektion. Seine zahlreichen guten Freunde in der ITF werden sich über die Nachricht freuen, daß Roger am diesjährigen Kongreß in Luxemburg teilnehmen will.

Pierre Bruls wurde zum Vorsitzenden der niederländischen Gewerkschaft Dienstenbond FNV gewählt. Der neue stellvertretende Vorsitzende der Gewerkschaft ist Ben Van Zweden.

Alphonse Caruana ist nach seiner Ernennung zum Generalsekretär des staatlichen maltesischen Unternehmens Mediterranean Oil Fields Services Limited (Medserv) von seinem Posten als Sekretär der Hafen- und Transportarbeiter-Sektion der Maltese General Workers' Union (GWU) zurückgetreten. Caruana vertrat Malta viele Jahre lang in den Sektionsausschüssen der ITF-Hafenarbeiter- und Seeleute-Sektionen sowie der Sektion Zivilluftfahrt und leistete als Mitglied des Fair-Practices-Ausschusses einen bedeutenden Beitrag zur ITF-Kampagne gegen Schattenflaggen. In Anerkennung seiner langjährigen Dienste wurde er zum Ehrenmitglied auf Lebenszeit des Vorstandes der Transportarbeiter-Sektion der GWU ernannt, wo er auch weiterhin als Berater tätig sein wird. Sein Nachfolger als Sektionssekretär wird Tony Zarb.

Svend Fønskov gibt in diesem Monat den Vorsitz der Seeleute- Abteilung der Dänischen Metallarbeitergewerkschaft ab. Bis zu ihrem Zusammenschluß mit der Metallarbeitergewerkschaft 1981 war Fønskov außerdem 15 Jahre lang Präsident der Ships' Firemen's Union. Seit 1976 war er ITF-Schiffsinspektor in Dänemark sowie stellvertretendes Mitglied des Sektionsausschusses der Seeleute-Sektion. Sein Nachfolger als Vorsitzender von Metal Søfart ist Poul Kolding, vorher Vizevorsitzender der Abteilung.

Johann Schmölz, Vorsitzender der österreichischen Gewerkschaft der Eisenbahner, wurde ins österreichische Parlament gewählt.

Christer Themné wurde auf dem Kongreß der Nordischen Schiffsingenieurs-Föderation im März als Nachfolger von Frode Gross (Norwegen) zum Präsidenten dieser Organisation gewählt.

Bevorstehende Tagungen

Arbeitsgruppe der Sektion Eisenbahn über Neue Technologie	Paris, 22./23. April 1986
Asiatisch/Pazifische Luftfahrtkonferenz	Tokio, 19./23. Mai 1986
Planungsausschuß der Sektion Straßentransport ..	London, 21./22. Mai 1986
Konferenz der Sektion Binnenschifffahrt	London, 2. Juni 1986
Fair-Practices-Ausschuß	London, 3./4. Juni 1986
Konferenz der Hafendarbeitersektion	London, 5./6. Juni 1986
Technischer Ausschuß des Kabinenpersonals	Madrid, 10./11. Juni 1986
35. ITF-Kongreß	Luxemburg, 31. Juli bis 8. August 1986